



## Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 24. April 2013

TOP 34, Zukunft der Lehrerbesoldung (Drucksache 18/736)

Kai Vogel:

## Für eine gerechte Lehrerbesoldung

Das System der Lehrerbesoldung in Deutschland kann man treffend mit zwei Wörtern beschreiben: Es ist überkompliziert, und es ist ungerecht; daher ist der Begriff „demütigend“ nicht weit weg von der Realität. Das Landesbesoldungsgesetz beschreibt ein Labyrinth von Eingruppierungen und Sonderzahlungen, durch das sich nur die wenigsten Experten hindurchfinden.

Wir haben uns traditionell mit einer Philosophie abgefunden, wonach diejenigen, die die intensivste fachwissenschaftliche Qualifikation benötigen, also die Gymnasiallehrer, Anspruch auf das höchste Einkommen hätten. Hingegen müssten die Lehrkräfte an den Schularten, bei denen die Herausforderungen nicht in erster Linie in der Fachwissenschaftlichkeit, sondern in den besonderen pädagogischen Anforderungen ihrer Schülerklientel liegen, deutlich schlechter besoldet werden. Dass diese Spaltung immer absurder wird, muss ich nicht weiter begründen.

Ich erinnere mich persönlich an Situationen, bei denen sich die Lehrkräfte wunderten, warum sie für einen größeren Kurs, der die Leistungsstarken vorbereitete, nach A12 besoldet wurden und werden, wohingegen Kollegen mit einer A14 Besoldung kleine Kurse unterrichteten. Der unterschiedliche Unterrichtseinsatz ist richtig, denn jeder sollte da eingesetzt werden, wo er oder sie die Schüler am besten qualifizieren kann. Doch die Besoldungsunterschiede sind ungerecht.

Der Antrag der CDU lässt den Eindruck aufkommen, als sei dieses Gerechtigkeitsdefizit die persönliche Schuld von Frau Ministerin Wende und nicht eine Erblast, die unser Besoldungssystem schon länger mit sich herumschleppt, als es die Bundesrepublik Deutschland überhaupt gibt.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

Wir vertreten das Prinzip, dass für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn gezahlt werden sollte. Nun kann man das nicht mit einem Federstrich umsetzen. Alle Lehrer in der Besoldungsgruppe A14 zu bezahlen, also auf dem Niveau der Oberstudienräte an Gymnasien, scheitert an der Haushaltslage.

Alle derzeit in unseren Schulen arbeitenden Lehrkräfte von heute auf morgen auf A13, also der Besoldungsgruppe der Realschullehrer und der großen Masse der Gymnasiallehrkräfte, zu vereinheitlichen, würde Gewinner und Verlierer schaffen. Jede Überlegung kann sich daher nur auf die künftig einzustellenden Lehrkräfte richten, deren Ausbildung sich an den neuen Schulstrukturen orientiert.

Die Durchsetzung der Studienordnungen nach dem Bologna-Modell hat auch zu einer grundsätzlich gleichen Ausbildungszeit für alle Lehrkräfte geführt. Dies ist ein weiterer Grund dafür, in der Perspektive zu mehr Gerechtigkeit bei der Besoldung zu gelangen. Das wird nicht in einem Durchgang zu erledigen sein.

Wer aber hier und heute den großen Wurf zu Lasten des Landeshaushaltes einfordert, muss auch sagen, wie es bezahlt werden könnte. Und der einzige Weg, der sich hierzu zeigt, ist der, den wir auf keinen Fall gehen wollen: nämlich den Weg zum Abbau von Lehrerstellen zu beschleunigen.

Auch wenn manche es nicht gern hören und auch wenn ich hier über meinen eigenen Berufsstand rede: Die deutschen Lehrerinnen und Lehrer haben im internationalen Vergleich ein hohes Einkommen; nur ihre Kollegen in der Schweiz und in Luxemburg verdienen deutlich mehr.

Aus diesen Gründen unterstützt meine Fraktion die Position, die Frau Ministerin Wende eben dargelegt hat. Wir alle werden im Plenum und im Bildungsausschuss Gelegenheit haben, im Zusammenhang mit der anstehenden grundsätzlichen Reform der Lehrerausbildung auch Fragen der künftigen Besoldung mit zu erörtern.